

01.04.1939 - 75. Todestag des sowjetischen Pädagogen Anton S. Makarenko (geb. 13.03.1888).

02.04.1949 – Vor 65 Jahren wurde die Wasserleitung von der Saale zur Maxhütte Unterwellenborn in Betrieb genommen.

07.04.1939 – Vor 75 Jahren besetzten die italienischen Faschisten Albanien.

Linkes Blatt ^{DIE LINKE.}

06. Ausgabe / 24. Jahrgang

Für Halle

01. April 2014

Große Koalition heißt nicht großer Wurf – 100 Tage GroKo

100 Tage Schonfrist bekommt üblicherweise eine neugewählte Regierung. Die große Koalition hat sich selbst diese Schonung gegönnt, nicht aber den Nerven von interessierter Öffentlichkeit und Opposition.

Das Auffälligste, was sie fabrizierte, ist ein handfester Skandal. In der „Edathy-Affäre“ geht es um informelle Kontakte zwischen Parteien, Fraktionen und Behörden. Man(n) kannte sich, warnte sich und verwechselte kollektive Egoismen mit staatsmännischer Verantwortung. Der ehemalige CSU-Innenminister musste sein gerade neu bestelltes Amt „opfern“, die SPD dankte und ließ ihre Verantwortlichen im Amt. Hier zeigt sich gleich am Start ein Politikverständnis, bei dem politische Kumpanei zum Regierungsalltag gehört.

Von einem gesellschaftspolitischen Aufbruch fehlt jede Spur. Die SPD, die im Wahlkampf noch selbstbewusst soziale Großprojekte und gerechte Verteilungsverhältnisse versprach, nistet sich im Minimum ein. Vom Mindestlohn werden Tausende ausgeschlossen. Das Rentenpaket schrumpft zum Päckchen. Altersarmut wird nicht bekämpft. Selbst die sachte Abkehr vom Optionszwang junger Leute, sich für eine Staatsbürgerschaft entscheiden zu müssen, bleibt inkonsequent.

Trotzdem schlägt sich die SPD medial auf die Brust als treibende Kraft und Pseudoopposition innerhalb der großen Koalition. Man meint wohl, CDU und CSU so besser auf Schlagdistanz für die nächste Wahl zu bekommen.

Bei der Union findet sich nach der marktliberalen Ära à la Kirchhoff und Merz kein gesellschaftspolitisches Projekt, das über das Mantra eines ausgeglichenen Bundeshaushalts hinausgeht. Lieber verlegt man sich

auf die Rolle der Bremserin sozialdemokratischer Profilierungsversuche. Der Ladestatus des Koalitionsakkus geht schon jetzt gegen Null. Was will die Bundesregierung eigentlich angehen, sind Mindestlohn, Erneuerbare-Energien-Gesetz und Rentenpäckchen abgehakt?

Die GroKo setzt offensichtlich darauf, dass viele Menschen gar keinen großen Wurf erwarten. Sie setzen eher auf halbwegs absehbare Perspektiven, mögen sie auch bescheiden sein. Ein Großteil der Bevölkerung scheint so desillusioniert, dass er der Politik größere gesellschaftliche und solidarische Projekte überhaupt nicht zutraut. Andererseits bekundet laut Umfragen die Mehrheit Interesse an gerechteren Gesellschaftsverhältnissen.

Also stellt sich doch die Frage, wie wir auf die Herausforderungen der nächsten Jahre und Jahrzehnte antworten wollen.

Wie kommt Dynamik in die Energiewende, wie wird sie sozial, ökologisch und beschäftigungswirksam?

Was ist mit Qualität und Ausbauzielen von KiTas und Schulen, den Quellen für Lebenschancen und Zusammenhalt?

Was mit dem Gesundheitssystem, dessen Gerechtigkeits- und Qualitätsmängel bereits heute offensichtlich sind?

Wie bekommen wir eine wirklich moderne Breitbandausstattung auch auf dem Land?

Und: brauchen wir nicht auch eine Verkehrswende?

Wie stellen wir eine solidarische gesetzliche Rentenversicherung sicher, statt die heute Beitragzahlenden mit 67 massenhaft in Altersarmut zu schicken?

Fortsetzung auf Seite -2-

Große Koalition...

von Seite -1-

Wie kehren wir den Trend zu immer mehr prekärer Beschäftigung um?

Sollten wir nicht deutsche Rüstungsexporte stoppen und auf Zivilproduktion orientieren? Wie gestalten wir eine humane Flüchtlingspolitik?

Wo bleibt eine Politik, die ernsthaft die katastrophalen sozialen Ungleichgewichte hierzulande, in Europa und weltweit angeht?

All diese Fragen bedürfen entschlossenen Regierungshandelns. So gesehen sind 100 Tage Schwarz-Rot wenig ermutigend. Man will wohl nur durchhalten – mehr nicht.

100 Tage mehr sind 100 Tage weniger

Kolumne des Bundesgeschäftsführers Matthias Höhn

„Gehen sie weiter, es ist nichts passiert... bitte gehen sie weiter, es gibt nichts zu sehen!“ - so könnte der regierungsoffizielle Sprecher der „GroKo“ die Bilanz zum Jubiläum des 100. Regentschaftstages auch ankündigen. Wird er nicht tun, wird auch die Regierungsmannschaft samt Kanzlerin nicht tun. Man wird sich loben - jeder jeden, alles und... nichts.

So möchte auch ich nicht schweigen und das Bild der gefälschten Bilanzen gerade rücken. Wenig hatte sie uns versprochen, die CDUSPDCSU-Regierung, noch weniger hat sie gehalten. Der Koalitionsvertrag, in bemüht humoriger Dreieinigkeit von Merkel, Seehofer und Gabriel unterschrieben, war ein Sammelsurium kleinster gemeinsamer Nenner. So wunderte es auch nicht, dass jede der drei beteiligten Parteien sich als Sieger fühlte und meinte, ihr Wahlprogramm vollumfänglich im Koalitionsvertrag wiederzufinden.

Wir haben damals schon sehr bildhaft dargestellt: Nicht geliefert! Steuererhöhungen für Reiche - Fehlanzeige. Ein Mindestlohn in der Höhe ausreichend und ausnahmslos ab sofort - Fehlanzeige! Ausreichende Finanzierung der Kommunen - Fehlanzeige. Volksentscheide auf Bundesebene, keine PKW-Maut oder ein Kurswechsel in der Europapolitik - alles, alles Fehlanzeige. Gerade einmal zu einem geseufzten „Naja, besser als nichts!“ reicht es bei Mietpreisbremse, Rente und Frauenquote. Große Würfe blieben aber auch hier aus, man wollte sich ja nicht weh tun.

Das tat man dann aber doch - Vorlagen (unabgestimmt), Widerspruch (heftig), abgesagte Koalitionstreffen, häufige Feuerwehreinsätze der drei Parteivorsitzenden um Groß-(Koalitionäre)Brände zu

Daher müssen wir als Opposition unseren Aufgaben besonders verantwortungsvoll nachkommen: Kontrolle der Regierung und Aufzeigen von sozialeren und moderneren politischen Alternativen.

Zugleich hoffen wir, dass sich genügend Menschen gegen den gesellschaftspolitischen Stillstand engagieren und sich aktiv einmischen.

Nutzen wir die verbleibenden knapp 1300 Tage GroKo, um einen anderen, kreativen und unabhängigen Zeitgeist zu wecken, der Lust und Mut auf einen Politikwechsel in diesem Land bewirkt.

Petra Sitte

1. Parlamentarische Geschäftsführerin der Fraktion DIE LINKE.

verhüten. Man erträgt sich nur, man verträgt sich nicht. In Summe ist das nicht gut fürs Land!

Nur aktuell scheint das kaum jemand wahrzunehmen. Kanzlerin Merkel und ihr Außenminister sind beliebt wie selten, selbst die Gewerkschaften bescheinigen der „GroKo“ einen Gestaltungswillen mit einigen Schritten in die richtige Richtung. Die Umfragen für die Parteien im Regierungslager sind stabil auf Bundestagwahlniveau. Warum? Weil immer noch genug Show dabei ist, um einen hohen Entertainment-Faktor zu erzielen? Weil eben gerade doch noch so viel Politik hinter dem kleinsten gemeinsamen Nenner steckt, dass jede und jeder dieses Quäntchen Verbesserung seiner persönlichen Situation entdeckt?

DIE LINKE ist Oppositionsführerin im Bundestag. Mit den noch etwas kleineren Grünen galt es in den vergangenen 100 Tagen hart für vernünftige Oppositionsrechte zu kämpfen. Redezeiten, Untersuchungsausschüsse - all das, was zu einer wirkungsvollen Oppositionsarbeit gehört, musste erstritten werden. Uns wurde nichts geschenkt. Im Gegenzug schenken wir der Regierung auch nichts - als konstruktive Opposition erinnern wir die einen an ihre vollmundigen Versprechen und kritisieren die anderen da, wo sie nach wie vor auf dem politischen Holzweg sind: beim Mindestlohn, bei der Mietpreisbremse, bei der Energiewende oder beim Verfassungsschutz oder, oder, oder...

Wirklich und uneingeschränkt gut an den abgelaufenen 100 Tagen ist, dass es 100 Tage weniger bis zum nächsten Wahltermin sind - dann wird neu gemischt und die Optionen können vielfältiger sein.

Aus der Stadtratsitzung am 26.03.2014

Wir haben einen neuen Stadtrat! In der Stadtratsitzung wurde Bertolt Marquardt, der die Nachfolge von Uwe Köck antritt, verpflichtet. Bertolt ist bisher sachkundiger Einwohner im Bildungsausschuss gewesen und deshalb auch kein Unbekannter in der Fraktion. Er wird bis zum Ende der Wahlperiode auch weiterhin im Bildungsausschuss wirken und offiziell die „Nachfolge“ für Uwe Köck im Planungs- und Ordnungsausschuss übernehmen.

Uwe Köck hatte Anfang März sein Mandat niedergelegt.

Wir danken an dieser Stelle Dr. Uwe-Volkmar Köck für sein engagiertes Wirken in der Fraktion. Seit 1990 war Uwe Stadtrat und hat sich vor allem in den Bereichen Planen, Wirtschaft und Umwelt Anerkennung in unseren Reihen und in der Stadtverwaltung erworben. Danke Uwe!

Wieder wurde von der Tagesordnung der „Public Corporate Governance Kodex“ abgesetzt. Dazu wird es noch einmal eine Sondersitzung des Finanzausschusses geben. Und etliche Dringlichkeitsanträge werden bestätigt und auf die Tagesordnung gesetzt. Die Mehrheit betraf dabei Umsetzungen in den Ausschüssen auf Grund der Niederlegung des Mandates durch Uwe. Diese Dringlichkeitsanträge wurden übrigens alle bestätigt. Noch bis Juni wird uns Josephine Jahn als „neue“ sachkundige Einwohnerin begleiten! Der Vorschlag der Verwaltung, einen Doppelhaushalt 2015/16 einzubringen, fand im Stadtrat keine Mehrheit. Auch unsere Fraktion stimmte diesem Vorschlag nicht zu. U.a. zählte auch für uns das Argument, dass mit hoher Wahrscheinlichkeit mit Nachtragshaushalten zu rechnen sei!

Im Vorfeld gab es Diskussionen zur „Richtlinie der Stadt Halle (Saale) zur Förderung Anerkennung bürgerschaftlichen Engagements“, die zu Ablehnung in den Fachausschüssen führte. Durch einen Kompromiss gelang es fraktionsübergreifend eine Variante zu finden, die letztlich für eine breite Zustimmung im Rat führte. Ein Beirat soll in Kürze berufen werden, der u.a. auch noch einmal Kriterien für die Vergabe einer Engagementkarte beraten wird.

Seit Jahren wird an „Kulturpolitischen Leitlinien“ der Stadt Halle (Saale) gearbeitet. Nun sind sie beschlossen! Unsere Fraktion stimmte ihnen auch zu. Dennoch

hat Erwin Bartsch kritisch nachgefragt, was mit den Leitlinien passiert? Er stellte fest, dass ca. 90 % der EinwohnerInnen Halles keinen Kontakt zu Kultureinrichtungen hat! Darauf – so Erwin – müssten sich die „Kulturpolitischen Leitlinien“ beziehen.

So wie bereits in vielen Fachausschüssen wurden im Stadtrat Vorschläge von BürgerInnen zum „Bürgerhaushalt“ beraten. Allerdings fanden diese keine Mehrheit im Stadtrat.

Beraten und beschlossen wurde, dass in Halle-Neustadt (Blücherstraße/Selkestraße) für 2,9 Millionen Euro der sogenannte „Eisdom“ als Übergang bis zur Fertigstellung der neuen Eissporthalle gebaut wird. Ein FDP-Antrag, der u.a. Platz für 2.500 Besucher, 250 Sitzplätze im VIP-Bereich, ausreichend Kabinen für den Nachwuchs und vieles mehr einforderte, wurde mehrheitlich abgelehnt. Bodo Meerheim kritisierte am FDP-Vorschlag, dass die „entsprechenden Kosten nicht klar wären“. Um möglichst bald mit dem Bau des Eisdoms beginnen zu können, appellierte die Verwaltung am Festhalten der jetzigen Vorlage.

Nicht durchgesetzt hat sich ein Antrag unserer Fraktion, einen Platz, eine Straße oder einen Park nach dem Friedensnobelpreisträger Nelson Mandela zu benennen. Die Mehrheit des Rates unterstützte den Antrag der CDU-Fraktion, den Namen Nelson Mandela in die Prioritätenliste für neue Straßennamen aufzunehmen. Nun muss Halle sicher eine Weile warten, bis eine Umbenennung erfolgen kann!

Ohne Diskussion wurde dagegen unser Antrag, der die Verwaltung beauftragt darzustellen, ob und wie die Stadt Halle (Saale) auf die zunehmende Nutzung von E-Bikes im Stadtgebiet vorbereitet ist, angenommen.

Für große Diskussionen sorgte ein Antrag der CDU, dass Rathaus-Mitarbeiter für ihre Arbeit im Wahlvorstand (25.05.2014) einen freien Tag bekommen sollen. Unsere Fraktion lehnte – wie die Mehrheit im Rat – diesen Vorschlag ab. U.a. taten wir das, weil bei uns mehrheitlich die Meinung vorherrschte, dass Rathaus-Mitarbeiter bevorteilt würden.

Unser Antrag zu Gestaltung von einheitlichen Radverkehrsanlagen wurde zur weiteren Prüfung in den Planungsausschuss verwiesen.

Ute Haupt, Stadträtin

„ Die Opfer des NSU und die Aufarbeitung der Verbrechen“

täglich von
10.00 – 18.00 Uhr
Eintritt frei

DIE LINKE. Fraktion im Landtag von Sachsen-Anhalt zeigt die Wanderausstellung
im neuen theater in Halle, Große Ulrichstraße 51

12.04.14 – 22.04.14 |
Eröffnung 11.04.14 / 17.00 Uhr |

Die Ausstellung „Die Opfer des NSU und die Aufarbeitung der Verbrechen“ wurde in den Jahren 2012 und 2013 von Birgit Mair im Auftrag des Instituts für sozialwissenschaftliche Forschung, Bildung und Beratung (ISFBB) e.V. erstellt. Im ersten Teil der Ausstellung werden die Biografien der Opfer dargestellt. Zu Wort kommen auch Angehörige der Mordopfer. Weitere Tafeln beschäftigen sich mit den Bombenanschlägen in Köln sowie den Banküberfällen, bei denen unschuldige Menschen teilweise lebensbedrohlich verletzt wurden. Der zweite Teil beleuchtet die Neonaziszene der 1990er Jahre sowie die Hilfeleistungen an den NSU aus dem neonazistischen Netzwerk. Dargestellt werden auch die Gründe, warum die Mordserie nicht aufgedeckt wurde sowie der gesellschaftspolitische Umgang mit dem Themenkomplex nach dem Auffliegen der neonazistischen Terrorgruppe am 4. November 2011.

Zur Ausstellungseröffnung mit Wulf Gallert (Fraktionsvorsitzender), Matthias Brenner (Intendant nt), Henriette Quade (Sprecherin für Flüchtlings- u. Migrationspolitik) und Birgit Mair (Diplom-Sozialwirtin und Ausstellungsmacherin) laden wir Sie und Euch am 11.04.2014, 17.00 Uhr, in das neue theater (Kammerfoyer) ein.

Veranstaltungen im neuen theater in Halle – Große Ulrichstraße 51

14.04.14 / 18.30 Uhr: „Aufklärung abgehakt?“ – Podiumsgespräch mit der AG NSU der Bundestagsfraktion DIE LINKE.

17.04.14 / 16.00 Uhr: „Blick in den Abgrund“ – Eine kritische Bilanz des NSU-Prozesses

16.04.14 / 18.30 Uhr: „SOKO Bosphorus“ bis „Dönermorde“ – Rassismus in Institutionen und die Praxis des racial profiling

DIE LINKE.
Fraktion im
Landtag von Sachsen-Anhalt

Wanderausstellung
Die Opfer des NSU
und die Aufarbeitung der Verbrechen
Kernstück: Biografien der Opfer
Herausgeber: Bundestagsfraktion DIE LINKE

THEATER, OPER
UND ORCHESTER
GMBH HALLE
IIIIK
NEUES THEATER

Öffentlicher Dienst: Tarifforderungen erfüllen!

Michael Schlecht, MdB, wirtschaftspolitischer Sprecher DIE LINKE, Mitglied im Parteivorstand

DIE LINKE stellt sich hinter die Forderungen von ver.di für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst. Wir wollen, dass sie auf Punkt und Komma erfüllt werden. Weil es notwendig und das Mindeste ist! Dazu hat die Fraktion DIE LINKE im Bundestag einen Antrag eingebracht, der am Donnerstag, dem 20.3.2014, ab 17:10 im Plenum diskutiert wird.

<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/18/007/1800795.pdf>

Um satte zehn Prozent haben die Bundestagsabge-

ordneten ihre Diäten erhöht. Eigentlich hätte ver.di eine genauso hohe Forderung stellen können. Dann wäre zumindest der Rückstand seit 2000 ausgeglichen. Aber zumindest die im Vergleich dazu eher bescheidene Forderung mit einem Volumen von knapp sieben Prozent muss verwirklicht werden! Die Gewerkschaft ver.di fordert einen Sockelbetrag von 100 Euro plus 3,5 Prozent für die Beschäftigten. Bund und Kommunen sollen schleunigst der Tarifierhöhung zustimmen.

Erstens, und das ist selbstverständlich: Die Qualität des öffentlichen Dienstes ist für alle wichtig. Jeder Bundesbürger nimmt diese Dienste in Anspruch. Und er bekommt gute Arbeit. Gute Arbeit wiederum erfordert gute Bezahlung der Beschäftigten und ausreichend Personal.

Zweiter Grund: Nachholbedarf. Eigentlich müssten die Löhne mindestens gemäß dem verteilungsneutralen Spielraum steigen – also so stark wie Produktivität und Inflationsrate. War das so? Weit gefehlt! Seit dem Jahr 2000 ist dieser verteilungsneutrale Spielraum im öffentlichen Dienst nicht ausgeschöpft worden. Die Lohnerhöhungen blieben zehn Prozent hinter dem zurück, was mindestens nötig gewesen wäre.

Dritter Grund: Gerechtigkeit. Seit dem Jahr 2000 sind die Lohneinkommen real – also unter Berücksichtigung der Preissteigerungen – gesunken. Die Gewinne hingegen sind explodiert. Folge: Es sinkt die Lohnquote, also der Anteil von Löhnen und Gehältern am Volkseinkommen. Wären die Löhne immer in Höhe des verteilungsneutralen Spielraumes gestiegen, so hätten die Beschäftigten insgesamt eine Billion Euro mehr. Stattdessen aber ist das Geld in den Taschen der Unternehmer gelandet.

Vierter Grund: die Konjunktur. Alle, inklusive die Bundesregierung und ganz vorneweg Sigi Gabriel „unser“ Wirtschaftsminister - <http://www.michael-schlecht-mdb.de/gabriel-fur-hohere-lohne-aber-nur-verbal.html> - sprechen davon, dass der private Konsum gestärkt werden muss. Nun, hier ist eine Gelegenheit, dafür was zu tun: Mehr Geld für die 2,1 Millionen Beschäftigten von Bund und Kommunen bringt einen deutlichen Schub für die inländische Nachfrage, die bislang vor sich hindümpelt. Das würde die Konjunktur stärken, es würde Deutschland weniger abhängig von den Exporten machen. Und außerdem könnten so die deutschen Exportüberschüsse gemindert werden, die die Euro-Zone bis heute destabilisieren.

Die Forderungen von ver.di kosten Bund und Kommunen etwa sechs Milliarden Euro. Jetzt sage niemand: Das Geld ist nicht da, wir müssen sparen! Nicht die Beschäftigten haben Löcher in die Staatskasse gerissen. Sondern eine völlig verfehlte Finanzpolitik, die gerade den Reichen und Unternehmern immer mehr geschenkt hat. Die Einnahmeausfälle aufgrund der Steuersenkungen seit 2000 belaufen sich auf rund 500 Milliarden Euro, errechnet das Wirtschaftsforschungsinstitut IMK. Allein für 2013 fehlten 6,6 Milliarden. Das Geld ist also da, man muss es sich nur

holen.

Es bleibt dabei: Es gibt keinen guten Grund, den Beschäftigten steigende Gehälter zu verweigern. Der Bund muss also schleunigst die erforderlichen Finanzmittel in den Haushaltsplan 2014 einstellen und dafür sorgen, dass die Kommunen die Lohnsteigerung finanzieren können. Das ist recht, und das ist billig!

Weiter Informationen www.michael-schlecht-mdb.de

Vortrag mit Diskussion

ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG Sachsen-Anhalte.V.

Willkommenskultur?!

Häufig stellt sich vor Ort die Frage, wie eine Nachbarschaft oder die eingesessene Bevölkerung eines Ortes auf «Einwanderung» reagiert. Gerade, wo es um die Unterbringung von Asylsuchenden und Geduldeten geht, entsteht häufig Verunsicherung und engagierte linke Menschen sehen sich oft mit von Rechtskanalisiertem «Bürger-Willen» konfrontiert. Das Überraschungsmoment und die oft wahrnehmbare Starre, die sich bei Linken einstellen, sind verhinderbar. Der Begriff der «Willkommenskultur» etabliert sich zunehmend für ein gemeinsames Leben mit Schutzsuchenden, aber auch anderen Menschen, die auf der Suche nach einem besseren Leben für sich und ihre Familien auf den Weg in eine ungewisse Zukunft machen.

Vortrag und Diskussion mit Koray Ylmaz-Günay (RLS, Berlin)

Koray Ylmaz-Günay ist Referent für Migration in der Akademie für Politische Bildung der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Gemeinsam mit Freya-Maria Klinger, MdL Sachsen, hat er gerade das Buch «Realität Einwanderung. Kommunale Möglichkeiten der Teilhabe, gegen Diskriminierung (Crashkurs Kommune 9) herausgegeben.

am Donnerstag, dem 20. Mai 2014, 18:00 Uhr, im Kulturtreff Halle-Neustadt, Am Stadion 6, 06122 Halle

V.i.s.d.P. Viola Schubert-Lehnhardt

KONTAKT

RLS REGIONALBÜRO Halle

Blumenstr. 16, 06108 Halle

TEL/Fax: 0345-2025594

email: gs-halle@rosaluxsa.de

Sofortinformation - Sitzung des Parteivorstandes am 22. und 23. März 2014

Liebe Genossinnen und Genossen, auf der letzten regulären Sitzung des Parteivorstandes vor dem Parteitag zogen die Parteivorsitzenden und der Bundesgeschäftsführer eine vorwiegend positive Zwischenbilanz nach 20monatiger Amtszeit. Die Partei hat ihr politisches Profil in Bezug auf die Verteilungskämpfe in der Gesellschaft, die öffentliche Daseinsvorsorge und die Eigentumsfrage, die Demokratie in der Wirtschaft und den Frieden geschärft, wenngleich die Situation der Erwerbslosen nicht verbessert und unsere Rolle als Motor für sozialökologischen Wandel noch unzureichend ausgefüllt wurde. Auf der Haben-Seite steht wahlpolitisch, dass die Partei Oppositionsführerin im Deutschen Bundestag ist und dass die derzeitigen Umfragen im Osten und z.B. in Hessen sehr positiv sind und damit die Voraussetzungen für den Wieder- oder Neu-Einzug in die westdeutschen Landtage besser, aber lange noch nicht ausreichend sind. Positiv verbucht werden kann weiterhin, dass mit der Vorsitzenden-Initiative zur Parteientwicklung eine Debatte zur Profilierung der Partei als bewegungsorientierte Mitgliederpartei angestoßen wurde, wobei in die Umsetzung noch viel Arbeit gesteckt werden muss.

Die Parteivorsitzenden und der Bundesgeschäftsführer wollen an all diesen Aufgaben weiterarbeiten und werden darum auf dem Berliner Parteitag wieder kandidieren.

Zu den aktuellen Themen des Parteivorstandes gehörte die Situation in der Ukraine. Der Parteivorstand bekräftigte mit einer Erklärung die Position der Parteivorsitzenden und von Gregor Gysi. Ferner verabschiedete er eine Erklärung zur Mindestausbildungvergütung, verständigte sich zu den Ergebnissen der Kommunalwahlen in Bayern sowie zu den Arbeitskämpfen im Öffentlichen Dienst und würdigte die Frauenpreisverleihung und die Frauentags-Demo.

Beschlossen wurden ferner Aufrufe zur EGB-Demo am 3. April in Brüssel und zu den Ostermärschen 2014. Aus dem neu konstituierten Bundesausschuss hörte der Parteivorstand den Bericht von der Februar-Beratung an und beglückwünschte das neu gewählte Präsidium.

Der Bundeswahlkampfleiter informierte den Parteivorstand ausführlich über den Stand der Wahlkampfplanung und stellte die Wahlkampagne vor. Die be-

sonderen Herausforderungen der Landtagswahlen im Sommer in Sachsen, Brandenburg und Thüringen wurden ebenso thematisiert, wie eine sich aus der inzwischen vorliegenden repräsentativen Wahlstatistik 2013 ergebende kleine Trendwende: DIE LINKE erzielte erstmals ihre besten Ergebnisse in den jüngeren Altersgruppen (in den westlichen Bundesländern). Linksjugend [‘solid] und DIE LINKE.SDS wollen diese Stärken stabilisieren und ausbauen. Der Parteivorstand nahm den Bericht des Projektteams „Bildung und Qualifizierung, Nachwuchsförderung“ zur Kenntnis. Es handelt sich hier um eins von sieben Projekten, die der Parteivorstand im Laufe des Jahres im Rahmen der Initiative zur Parteientwicklung vertiefend beraten will. Die Bildungsarbeit der Partei hat in den vergangenen Jahren sehr an Fahrt aufgenommen, eine Schwerpunktsetzung auf Grundlagenbildung und die Vermittlung von praktischen Fertigkeiten ist klar erkennbar.

In Vorbereitung des Berliner Parteitages präzierte der Parteivorstand die Tagesordnung und beschloss einen Vorschlag zum Zeitplan, den Finanzplan, Anträge zur Änderung der Satzung und über den Bericht des Parteivorstandes.

Dem Parteivorstand lag der zweite Bericht zur Gleichstellung der Geschlechter in der Partei vor. Auf Bundes- und Landesebene wird die Quotierung vorwiegend gut umgesetzt, schwieriger wird es auf der Kreisebene. Parteivorstandsmitglieder berichteten von teilweise erheblichen kulturellen Problemen, aber auch von positiven Beispielen, die Kreisverbände brauchen bei der Gleichstellung Unterstützung. In Bezug auf Verankerung und Mitgliedergewinnung soll mehr an den gesellschaftlichen Kämpfen, z.B. bei den Verkäuferinnen, angeknüpft werden. Der Gleichstellungsbericht soll nach Beratung im Genderausschuss bei den LandesgeschäftsführerInnen und im Bundesausschuss ausgewertet werden. Danach wird sich der Parteivorstand bis Jahresende noch einmal mit dem Bericht, den Ergebnissen aus den anderen Beratungen und den Vorschlägen des Genderausschusses befassen.

Eine ebenfalls ausführliche Befassung im Parteivorstand erfuhr der Entwurf eines Teilhabekonzeptes für Menschen mit Behinderungen in der LINKEN. Darin will DIE LINKE die Ansprüche der UN-Konvention

Linkes Blatt für Halle Seite - 7 - / 1. Aprilausgabe

für Menschen mit Behinderung in der eigenen Partei umsetzen. Das betrifft die Barrierefreiheit von Veranstaltungsorten und Büros der Partei, von Internetseiten und die Bereitstellung von barrierefreien Materialien der Partei. Einig waren sich die Parteivorstandsmitglieder: Inklusion muss in den Köpfen beginnen. Das Konzept wurde einstimmig beschlossen, der BAG Selbstbestimmte Behindertenpolitik wurde für ihr beharrliches Engagement gedankt. Der Bundesschatzmeister schlug vor, im nächsten Haushalt des Parteivorstandes einen Fonds für Nachteilsausgleich einzurichten. In dieser Logik wurde auch beschlossen, der BAG Selbstbestimmte Behindertenpolitik für ihre nächste Beratung entsprechende Mittel zur Verfügung zu stellen.

Der Parteivorstand beschloss ferner eine Zuwendung an den Landesverband Thüringen aus dem zentralen Wahlkampffonds und die Unterstützung der VVN/BdA bei der Ausrichtung des Jahrestages zum Sieg über den deutschen Faschismus.

Mit solidarischen Grüßen
Claudia Gohde

ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG Sachsen-Anhalt e.V.
Film mit Diskussion

09.04.2014 Beginn 18 Uhr

Aus Anlaß des internationalen Tages der Sinti und Roma

Es läuft der Film „New Ziro“

Vier Lebensläufe aus 3 Generationen Sinti in Deutschland stehen exemplarisch für ein Dilemma: wie die eigene kulturelle Identität bewahren ohne sich gleichzeitig von der Mehrheitsgesellschaft abzuschotten?

Anschließend Diskussion zum Film und der gegenwärtigen Situation der Sinti und Roma in Deutschland mit Hajo Gunkel (Gesellschaftswissenschaftler) im bel-etage Halle (ehemals Comcenter)

Willy-Brand-Str. 57, 06110 Halle

Eintritt frei

V.i.s.d.P. Viola Schubert-Lehnhardt

KONTAKT: RLS REGIONALBÜRO Halle

Blumenstr. 16, 06108 Halle,

TEL/Fax: 0345-2025594

email: gs-halle@rosaluxsa.de



Am 23.03.2014 trafen sich wieder Mitglieder unseres Stadtverbandes sowie Bürgerinnen und Bürger um gemeinsam der Opfer der Märzgefallenen von 1920 und 1921 zu gedenken.

Linkes Blatt

Impressum:

DIE LINKE Halle, Stadtvorstand

Blumenstraße 16

06108 Halle (Saale)

Telefon 0345 / 20 255 90

eMail:

linkesblatt@dielinke-halle.de

Sven Knöchel (v.i.S.d.P)

Herstellung: Eigendruck

Erscheinungsweise: 14 - tägig

Auflage: 400 Exemplare

Spendeerbeten

Endredaktion dieser Ausgabe:

27.03.2014

Redaktionsschluss der nächsten

Ausgabe: 10.04.2014

Vorschau Monat Mai:

Egon Krenz spricht über das Buch:

"Walter Ulbricht - Zeitzeugen erinnern sich"

am Montag, 12. Mai 2014, 16:30 Uhr,

Kulturtreff Halle-Neustadt, Am Stadion 6

eine Veranstaltung des Rotfuchs Fördervereine e.V.,

Regionalgruppe Halle

Machtspiele beenden - Kriegsgefahr stoppen

Beschluss des Parteivorstandes vom 22./23. März 2014

Wir verfolgen mit Besorgnis die Entwicklungen in der Ukraine und auf der Krim. Wir verurteilen die militärischen Drohgebärden der Russischen Föderation, der ukrainischen Regierung und der NATO. Die Antwort auf die völkerrechtswidrige Abtrennung der Krim durch die Russische Föderation, welche wir verurteilen, muss in der Diplomatie liegen – Krieg kann keine Probleme lösen und darf kein Mittel der Politik sein. Erst Recht nicht 100 Jahre nach Beginn des 1. Weltkriegs, in einem Land, das unsäglich unter dem 2. Weltkrieg und dem Angriffskrieg Nazi-Deutschlands litt.

Sicherheit in Europa muss zivile Sicherheit unter der Einbeziehung Russlands sein. Weiter noch: zur Einigung Europas gehört Russland.

Die Ukraine macht deutlich, dass die nie verlassene Logik des Kalten Krieges, die Idee der Dominanz, der sich am augenfälligsten an der NATO-Osterweiterung festmacht, Gift für die weitere friedliche Entwicklung des Kontinents ist. Hier hat jede Seite ihre Hausaufgaben zu machen: weg von der Idee der Hegemonie, hin zu einer wirklichen Kooperation und Stärkung des Völkerrechts, der OSZE und des Euro-Parates, die Auflösung der NATO und ihre Ersetzung durch ein kollektives Sicherheitssystem in Europa unter Einbeziehung Russlands. Der Kosovo und andere völkerrechtswidrige Vorgehen fallen dem Westen nun auf die Füße: Es ist offensichtlich, dass nicht Völkerrecht, sondern Interessen Kompass seiner Politik sind - genau wie für Putin, den Mann dem sie jetzt Völkerrechtsbruch vorwerfen. DIE LINKE ist die Partei des Völkerrechts – es muss ohne Wenn und Aber in alle Richtungen gelten und darf nicht weiter zur rhetorischen Floskel verkommen.

Sanktionen sind die falsche Antwort auf die russischen Völkerrechtssverletzungen. Wir brauchen den Mut zu einem positiven Politikansatz – weg von der Konfrontation, hin zu einer wirklichen Perspektive für Sicherheit in ganz Europa.

Die innenpolitische Situation der Ukraine ist Ausdruck einer gesellschaftlichen Spaltung, die mit der langen Geschichte des jungen Nationalstaats beginnt und sich vor dem Hintergrund des Versagens der politischen Eliten aller Couleur, des gewaltigen Einfluss der Oligarchen und der extremen sozialen Polarisierung im Land weiter verschärft. Diese Vielzahl von

Problemen wurde von Moskau, Brüssel und Berlin übergangen: das fragile Land wurde vor eine Entscheidungssituation – Zollunion mit Russland oder Assoziierungsabkommen mit der EU – gestellt, die das Land nun zu zerreißen droht und reale Kriegsgefahr mit sich bringt. Diese Verdrängung einer möglichen OSZE-Mission durch eine EU-Mission in der Ukraine ist nicht deeskalierend. Die EU ist nicht neutral in diesem Konflikt.

Diese Kriegsgefahr wird durch die fortgesetzte russische Truppenmobilisierung an der Grenze zur Ukraine noch weiter verschärft.

Gegenwärtig vertieft sich die Spaltung der Ukraine weiter: Die nicht verfassungsgemäß zustande gekommene neue Regierung hat kein integrierendes Potenzial und spricht nur für einen Teil der Bevölkerung. Mit der Beteiligung von Faschisten an der neuen Regierung, die nicht vor Terror gegen Journalistinnen und Journalisten und Parteibüros Andersdenkender zurückscheuen, wird, wie auch der ehemalige EU-Erweiterungskommissar Günter Verheugen in deutlichen Worten sagt, „ein fataler Tabubruch“ begangen, da, „zum ersten Mal in diesem Jahrhundert völkische Ideologen, richtige Faschisten“ in eine Regierung gelassen werden. Wir fordern die Bundesregierung und die EU dazu auf, die Beteiligung faschistischer Kräfte an der Regierung nicht weiter zu tolerieren. Die Unterzeichnung des politischen Teils des Assoziierungsabkommens ist ein falsches Signal: die ukrainische Übergangsregierung wird so zu einem „weiter so“ ermutigt werden. Das neoliberale EU-Assoziierungsabkommen lehnen wir ab: Die Politik der EU gegenüber der Ukraine war nicht von einem Geist der Kooperation getragen – im Gegenteil: die Ukraine wurde zur geopolitischen Option, dies zeigen auch die militärischen Teile des EU-Assoziationsabkommens. Die Unterstützung der neuen Regierung durch die EU und Deutschland sehen wir aus einem weiteren Grund äußerst kritisch: Die Vaterlandspartei ist eine Vertreterin des alten, verkrusteten und korrupten Politikstils, nach dessen Ende sich die Ukrainerinnen und Ukrainer sehnen. Die Menschen in der Ukraine brauchen die Chance für einen wirklichen Neuanfang: dazu gehört auch, dass etwaige wirtschaftliche Hilfen auf die Verbesserung der desolaten sozialen Lage zielen.

Mindestlohn für alle – Ausbildung attraktiv gestalten und angemessen vergüten!

Beschluss des Parteivorstandes vom 22./23. März 2014

DIE LINKE lehnt Ausnahmen vom gesetzlichen Mindestlohn ab. Seine Funktion als unterste Lohngrenze erfüllt er nur, wenn er flächendeckend und lückenlos gilt. Die Behauptung, eine betriebliche Ausbildung müsse erst durch besondere Niedriglöhne für junge Menschen attraktiv gemacht werden, ist ein schlechter Vorwand, Lücken für zukünftige Armutslöhne zu schaffen. Die Attraktivität betrieblicher Ausbildungsplätze muss durch hohe Qualität und angemessene Vergütung sichergestellt werden. Das heißt auch, dass Auszubildende nicht als billige Arbeitskräfte für ausbildungsfremde Tätigkeiten missbraucht werden dürfen und ordentlich betreut werden müssen. Die Ausbildungsreporte der Gewerkschaftsjugend zeigen, dass hier noch erheblicher Nachholbedarf besteht. Überstunden müssen auch für Auszubildende über 18 Jahren verboten werden. Für Branchen, in denen Ausbildungsplätze in größerer Zahl unbesetzt bleiben, müssen dringend die Ausbildungsqualität und die Arbeitsbedingungen in der Ausbildung überprüft werden.

Auch Jugendliche mit Behinderungen sollten, wann

immer möglich, im dualen Ausbildungssystem betrieblich ausgebildet werden. Dazu muss der Druck auf Unternehmen erhöht werden, ihren Verpflichtungen für die Beschäftigung und Ausbildung von Menschen mit Behinderungen nachzukommen.

Die wichtige Rolle betrieblicher Ausbildung muss sich auch in einer angemessenen Vergütung widerspiegeln. Auszubildende sollten genauso wie Studierende in die Lage versetzt werden, unabhängig von ihren Eltern von ihrem eigenen Einkommen zu leben. Wir lehnen es ab, Menschen unter 18 Jahren den Mindestlohn zu verweigern und so eine neue Niedriglohnnische zu schaffen. Anknüpfend an den Debatten in den Gewerkschaftsjugenden fordert DIE LINKE eine gesetzliche Mindestauszubildendenvergütung in Höhe von aktuell 750 Euro.

Der Parteivorstand bittet die Bundestagsfraktion, auf dieser Grundlage aktiv zu werden und eine Diskriminierung junger Menschen beim Mindestlohn gegebenenfalls verfassungsrechtlich überprüfen zu lassen.

Veranstaltungen und -reihen der Linksjugend [’solid] Halle

Im Rahmen der Aktionstage gegen Antiziganismus:

Eine Kampagne gegen alten und neuen Antiziganismus, mit zahlreichen Veranstaltungen und Aktionen

Antiziganismus hat Konjunktur in Europa. Roma werden in vielen Ländern des Kontinents systematisch ausgegrenzt und verfolgt. Pogrome, Hetzjagden und rassistische Morde in Ungarn, Tschechien oder Italien bilden dabei nur die Spitze des Eisberges. Die offene Feindschaft gegenüber Menschen, die von den Diskriminierenden mit der Fremdzuschreibung „Zigeuner“ klassifiziert werden, erlebt aber auch in Deutschland einen lange nicht mehr da gewesenen Widerhall. Die letzten Monate waren geprägt durch ressentiment-behaftete „Debatten“ rund um die Begriffe „Sozialtourismus“ und „Armutszuwanderung“, vor allem ausgelöst durch die seit 1. Januar 2014 geltende EU-ArbeitnehmerInnenfreizügigkeit für Menschen aus

Bulgarien und Rumänien. Führende VertreterInnen der hiesigen Volksparteien torpedieren seitdem kontinuierlich unveräußerliche Grundrechte wie das Recht auf Freizügigkeit, um im Hinblick auf anstehende Wahlen politisches Kapital zu generieren – denn mit Ausgrenzung und Rassismus ließ sich schon immer gut Wahlkampf machen.

Die „Aktionstage gegen Antiziganismus“ sollen auf eine Diskriminierungsform aufmerksam machen, die in der Debatte immer noch ein Schattendasein fristet. Rund um den 08. April, dem Internationalen Tag der Roma, wollen wir mit vielen Veranstaltungen und Aktionen in ganz Sachsen-Anhalt verschiedene Aspekte und Blickwinkel diskutieren und beleuchten, um ein deutliches Zeichen zu setzen. Wir wollen die fortwährende alltägliche Diskriminierung von Sinti und Roma nicht tatenlos hinnehmen und stellen den antiziganistischen HetzerInnen unsere grenzenlose Solidarität entgegen!

1. „Was mit Unku geschah - Das kurze Leben der Erna Laubenburger“

Filmabend mit **Jana Müller** vom Alternativen Jugendzentrum Dessau

Wann? Montag, 07.04.2014 um 19 Uhr

Wo? Halle, Café Pantarhei, Dachritzstr. 2

Das Alternative Jugendzentrum Dessau erforscht seit vielen Jahren die Lebens- und Leidenswege der Sinti, die Anfang 1938 aus Dessau-Roßlau vertrieben wurden. Ergebnisse dieser Erinnerungsprojekte mit Jugendlichen flossen in den Film „Was mit Unku geschah – Das kurze Leben der Erna Lauenburger“ und eine Gedenkveranstaltung am 1. Februar 2013 im Dessauer Rathaus, in der erstmals der 75 Jahre zuvor aus Dessau-Roßlau vertriebenen Sinti gedacht wurde, ein. Jana Müller, die diese lokalhistorische Forschung initiiert und begleitet hat, stellt die Projektarbeit und deren Ergebnisse vor.

Erna Lauenburger, genannt Unku, war die Titelheldin des Ende der 1920er Jahre in Berlin spielenden Jugendromans „Ede und Unku“ der jüdischen Schriftstellerin Grete Weiskopf (Pseudonym Alex Wedding). Ab 1972 zählte das Buch zur Pflichtlektüre des Deutschunterrichtes in der DDR. (Dokumentation: 35 Minuten)

2. Die Verfolgung hallescher Sinti und Roma im Nationalsozialismus

Vortrag von **Steffen Thater und Michael Viebig**

Wann? Freitag, 11.04. um 19 Uhr

Wo? Halle, Cafe Pantarhei, Dachritzstr. 2

Neben Juden galten auch Sinti und Roma im 3. Reich als minderwertig und zu vernichten. Aus dem Jahr 1943 sind Dokumente überliefert, in denen die Verfolgung und Deportation hallescher Sinti und Roma belegt ist. Hier finden sich auch Hinweise über den sogenannten „Zigeunerlagerplatz“ in der heutigen Geschwister-Scholl-Straße in Halle-Trotha. Auch die Justiz war in die planvolle Vernichtung der Sinti und Roma eingebunden. So finden sich in den Unterlagen des Sondergerichtes Halle einige Verfahren – sogenannte „Zigeunersachen“ – bei denen zwei Dinge besonders auffallen: die Angeklagten gelten grundsätzlich als wenig glaubwürdig und werden als Menschen zweiter Klasse behandelt. Vor dem Ende der Strafe erfolgte ihre Verlegung in Konzentrationslager; keiner der in Halle verurteilten „Zigeuner“ kehrte von dort wieder zurück. Steffen Thater und Michael Viebig

werden uns in ihrem Vortrag die Schicksale hallescher Sinti und Roma näherbringen und an Beispielen zeigen, wie die Justiz einen Beitrag zu ihrer Vernichtung in Mitteldeutschland leistete.

Alle Veranstaltungen, Hintergründe und Infos zu den AKTIONSTAGEN GEGEN ANTIZIGANISMUS gibt es hier:

<http://aktionswocheantiziganismus.blogspot.de/>

Eigene Veranstaltungsreihe:

Gentechnik in der Landwirtschaft - (K)eine Lösung für den Welthunger?

Agrotechnik im Spannungsfeld des Freihandelsabkommens (TTIP)

Zwischen der Europäischen Union und den USA wird derzeit ein Freihandelsabkommen verhandelt, das Transatlantic Trade and Investment Partnership (TTIP). Die EU-Kommission versucht dabei die „Handelshemmnisse“ zu beseitigen beziehungsweise zu reduzieren. Laut der Vertragspartner ist es das Ziel, durch den Freihandel Vorteile bei der Güterverteilung und eine Steigerung des Außenhandels zu erreichen. Die Verhandlungen zum EU-USA – Freihandelsabkommen haben im Juni 2013 begonnen und sollen voraussichtlich 2016 abgeschlossen werden. Eine Reihe von Aspekten dieses Abkommens werden allerdings momentan sehr kontrovers in der Öffentlichkeit diskutiert. Dabei bestehen beispielsweise Bedenken, dass das Abkommen zur Absenkung des europäischen Schutzniveaus für die Verbraucherinnen und Verbraucher führen könnte. Europa könnte u.a. gezwungen sein, gentechnisch veränderte Nahrungsmittel stärker als bisher zu akzeptieren.

Dies gibt uns Anlass, das nicht neue, aber nach wie vor brisante Thema der Agrotechnik in den Blick zu nehmen. Unsere viertägige Veranstaltungsreihe soll die Bedenken der Verbraucher aufgreifen und zur Aufklärung und Information beitragen.

1. Wer? Wie? Was? AGROGENTECHNIK

Vortrag von Dr. Helmut Bäumlein (Biologe)

Wann? Donnerstag, 10.04.2014 um 18 Uhr

Wo? Melanchthonianum

Das Leibniz-Institut für Pflanzengenetik und Kulturpflanzenforschung, kurz IPK, ist eine international anerkannte Forschungseinrichtung, an der sowohl an grundlegenden, als auch anwendungsorientierten Themen gearbeitet wird. Das Hauptaugen-

merk liegt hierbei auf der Kulturpflanze. Dr. Helmut Bäumlein, Leiter der Arbeitsgruppe „Genregulation“ am IPK Gatersleben, erklärt im Rahmen unserer Veranstaltung, was man unter „grüner“ Gentechnik versteht, wie man genetisch veränderte Organismen herstellt und welche Chancen die Agrogentechnik aus wissenschaftlicher Sicht bieten.

2. Gentechnik in der Landwirtschaft - (K)eine Lösung für den Welthunger?

Podiumsdiskussion mit: Dr. Petra Sitte (MdB), Dr. Kirsten Tackmann (MdB), Birgit Peuker (Soziologin), Dr. Frank Siegemund (Biologe), Dr. Dierk Scheel (Biologe)

Wann? Dienstag, 15.04.2014 um 18 Uhr

Wo? Melanchthonianum, Uniplatz

Es ist das wichtigste Argument der Gentechnik-Industrie: Gentechnisch veränderte Pflanzen helfen, das Hungerproblem in der Welt zu bekämpfen.

In Brasilien wird der Genmais 1507 schon länger gepflanzt. Doch Recherchen von report München in Brasilien zeigen: Statt mehr Ertrag und weniger Pestizideinsatz erlitten Bauern Umsatzeinbrüche und müssen zudem mehr Spritzmittel einsetzen. Genau dieser Genmais soll jetzt auch in der EU angebaut werden. Und dies ist nur ein Vorgeschmack dessen, was durch die Lockerung der Umweltstandard durch den Beschluss des Freihandelsabkommens (TTIP) noch Folgen kann. Dies gibt uns Anlass sich mit den Argumenten von Gentechnik-Befürwortern, aber auch Gentechnik-Gegnern in einer Podiumsdiskussion kritisch auseinanderzusetzen. Zur Diskussion haben wir Dr. Petra Sitte (ehemalige forschungspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE), Kirsten Tackmann (agrarpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE), Birgit Peuker (Soziologin), sowie Dr. Frank Siegemund (Biologe) und Dr. Dierk Scheel (Biologe) eingeladen.

3. Macht macht Umwelt kaputt - über den Zusammenhang von Herrschaft und Umweltzerstörung

Vortrag von Jörg Bergstedt (Autor)

Wann? Donnerstag, 17.04.2014 um 18 Uhr

Wo? Melanchthonianum, Uniplatz

Herrschaft bedeutet die Möglichkeit, Abläufe und Verhältnisse so regeln zu können, dass andere die negativen Folgen erleiden müssen. Umweltzerstörung basiert regelmäßig auf diesem Prinzip: Industrie und ihre Staaten graben in armen Regionen nach Energiequellen und Rohstoffen, transportieren schiffweise Nahrungsmittel oder Holz zu sich und kippen den Müll wieder in die Peripherien zurück. Städte nutzen das Umland für Bauflächen, Straßentrassen und Müllhalden. Die Natur zählt nichts, weil die Menschen in ihr still sind oder stillgehalten werden. Wer Umwelt dauerhaft schützen will, muss daher die Machtfrage stellen. Über dieses spannende Thema referiert der Autor Jörg Bergstedt.

4. „Monsanto - Mit Gift und Genen“

Filmabend mit anschließender Diskussion mit Jutta Sundermann (Attac)

Wann? Mittwoch, 23.04.2014 um 18 Uhr

Wo? Melanchthonianum, Uniplatz

Genetisch veränderte Lebensmittel sind sicher.

Das sagen die Hersteller-Firmen.

Marie-Monique Robins brillante Recherche über den Biotechnologie-Konzern Monsanto untersucht, wie die »wissenschaftlichen Beweise« für diese Behauptung zu Stande kommen. Sie findet heraus, dass Gen-Manipulierer auch Forschungsergebnisse manipulieren. Gegenstimmen bringt Monsanto systematisch zum Verstummen. Robins Film enthüllt die Einflussnahme des Konzerns auf Politik und Kontrollbehörden bei seinem weltumspannenden Griff nach der Macht über unser Essen.

Fraktion DIE LINKE. im Landtag Sachsen-Anhalt

Schröder verliert bei Rote-Socken-Kampagne Bezug zur politischen Realität

Zu den aktuellen Äußerungen über DIE LINKE seitens des CDU-Fraktionsvorsitzenden André Schröder gibt es eine Menge zu sagen, dies wird jedoch auf der Landtagssitzung am kommenden Freitag geschehen. Dass es innerhalb dieser Diskussion allerdings eine fortgesetzte Diffamierung des stellvertretenden Lan-

desvorsitzenden der LINKEN und Mitglied der G-10-Kommission Jörg Schindler durch den CDU-Fraktionsvorsitzenden gibt, sprengt den Rahmen einer politischen Auseinandersetzung.

Es waren offensichtlich Mitglieder der CDU, die aus der Sitzung der Parlamentarischen Kontrollkommission (PKK) massiv Geheimnisse verraten haben. Weder der Innenminister noch der CDU-Fraktions-

vorsitzende haben bisher den unzweifelhaften Geheimnisverrat aus der PKK in irgendeiner Form verurteilt, obwohl es sich dabei zweifellos um eine Straftat handelt. Und nun behauptet die CDU, dass Jörg Schindler ein Risiko wäre, weil er eventuell Geheimnisse verraten könnte. Dies ist an Absurdität nicht zu überbieten.

Ganz offensichtlich verliert der Fraktionsvorsitzende der CDU bei seiner Rote-Socken-Kampagne den Bezug zur politischen Realität. Dies mag man mit der schwierigen Position der CDU in der Debatte um LEO e. V. genauso erklären, wie mit dem drohenden Machtverlust der CDU im Falle einer Kooperationsfähigkeit von LINKEN und SPD. Eine Entschuldigung für haltlose Unterstellungen und abstruse Beschimpfungen ist dies jedoch nicht.

Wulf Gallert

Fraktionsvorsitzender

Dauerbaustelle Autobahn - wer billig baut, baut doppelt

Nicht nur neue Autobahnen werden gebaut, auch die alten sind Gegenstand ständiger Reparaturmaßnahmen. Der Grund heißt Betonkrebs. Gemeint ist die Reaktion minderwertiger Baustoffe mit Wasser, die auf 220 km Autobahnen in unserem Land Risse in den Beton sprengt. Die Risse müssen nun aufwendig mit Steuermillionen gestopft werden. Obendrein werden die Autobahnen A 9, A 14 und A 38 für die nächsten Jahre wieder zur Großbaustelle.

Die Probleme mit minderwertigen Baustoffen sind keine Neuheit. Sie sind schon lange bekannt, seit den 1970er Jahren in der DDR, und spätestens seit einem Expertenbericht im Jahr 1992 in allen bundesdeutschen Verkehrsbehörden und Ministerien.

Die heute von Betonkrebs betroffenen Autobahnabschnitte wurden vielfach nach 1992 gebaut. Wenn Verkehrsminister Webel nun behauptet, man hätte beim Bau der A 14 ab 1996 keine Kenntnisse von den Problemen gehabt, ist dies wenig glaubwürdig und verschleiert das eigentliche Problem: Alles soll schnell fertig werden, möglichst wenig kosten und die Landesregierung drückt alle Augen zu.

Die Rechnung bezahlen die Bürgerinnen und Bürger, weil die verursachenden Firmen längst über alle Berge sind. Das ist keine solide Verkehrspolitik und erst recht kein verantwortungsvoller Umgang mit öffentlichen Geldern. Und die nächsten teuren Verkehrs-

großprojekte stehen mit der A 14 und A 143 schon ins Haus.

DIE LINKE fordert die Landesregierung auf, keine Flickschusterei zu betreiben und bei der Vergabe öffentlicher Gelder für Großprojekte den Firmen genauer auf die Finger zu sehen.

Wer sich mit teuren Autobahnen ein Denkmal setzen, aber möglichst schnell und billig bauen möchte, brummt den Bürgerinnen und Bürgern erneut die Rechnung auf. Aber vielleicht erwägt ja auch die Landesregierung, bis dahin über alle Berge - respektive: nicht mehr im Amte - zu sein ...

Frank Hoffmann

Verkehrspolitischer Sprecher

Grundschulen auf dem Lande eine Chance geben - Antrag für Landtagssitzung

Die Landtagsfraktion DIE LINKE unternimmt mit dem Antrag Grundschulen auf dem Lande eine Chance geben (Drs. 6/2910) in der bevorstehenden Landtagssitzung einen weiteren Versuch, die starre Haltung der Koalition in dieser Frage zu überwinden.

Die Fraktion hat sich zu diesem Schritt entschlossen, da ihr diesbezüglicher Antrag aus der Sitzung des Landtages im Dezember 2013 bisher nicht abschließend im zuständigen Ausschuss für Bildung und Kultur behandelt wurde und die Zeit drängt.

Angesichts der im Landtag eingehenden Resolutionen und Protestschreiben sowie der anhaltenden Proteste vor Ort fordert DIE LINKE eine Beschlussfassung des Landtages, die auf die Überarbeitung der Planungsgrundlagen hinsichtlich der Grund- und Förderschulen zielt.

Dazu soll die Schulentwicklungsplanung für die Grund- und Förderschulen ausgesetzt werden, bis die einschlägige Verordnung in diesen Punkten neugefasst ist. Dieser Prozess soll bis zum Sommer dieses Jahres abgeschlossen werden, sodass bis spätestens 31. Dezember 2014 Schulentwicklungspläne für die Grundschulen und Förderschulen durch die Planungsträger erstellt werden können.

Der nunmehr vorliegende Antrag wurde auf das Kernproblem reduziert und klammert die Frage der personellen Absicherung des Schulnetzes aus, um eine direkte Abstimmung im Landtag zu ermöglichen.

Dr. Thomas Drzisga

Pressesprecher